

Zeitschrift: Appenzeller Kalender
Band: 293 (2014)

Artikel: Blick in die Welt
Autor: Bühler, Walter
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-515343>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 15.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Blick in die Welt

WALTER BÜHRER

Über politische Macht, Machterwerb, Machtausübung, Machterhalt ist viel geschrieben worden. Nirgends so tiefgründig wie in einem kleinen Werk, das vor genau 500 Jahren – 1513 – entstanden ist. Verfasst hat es ein florentinischer Edelmann, Niccolò Machiavelli. Sein Titel: «Il Principe» («Der Fürst»). Italien lag damals am Boden, schlimmer als

heute: gefangen in den Händen korrupter Herrscherfiguren, zerfallen in eine Vielzahl ohnmächtiger Stadtstaaten, preisgegeben ausländischen Einflüssen und fremden Heeren. Machiavelli selber hatte das Vertrauen der Florentiner Machthaber, der Medici, verloren. In dem Dorf Sant'Andrea, 15 Kilometer südwestlich von Florenz, war aus

dem weltläufigen Staatssekretär und Diplomaten von einem Tag auf den andern ein Privatmann geworden, der seine Zeit damit verbrachte, über das Wesen der Macht nachzudenken. Entstanden ist ein Büchlein, das seine Aktualität bis heute bewahrt hat: Du darfst nicht immer mit offenen Karten spielen. Du solltest die Durchsetzung unliebsamer Massnahmen anderen übertragen. Du brauchst Kritiker, solltest aber nicht auf alle hören. Machiavellis Kernsatz: «Jemand, der es darauf anlegt, in allen Dingen moralisch gut zu handeln, muss unter einem Haufen, der sich nicht daran hält, zugrunde gehen. Daher muss ein Fürst, der sich behaupten will, sich auch darauf verstehen, nötigenfalls schlecht zu handeln.» Wohl wurden solche Sätze teilweise gründlich missverstanden und interpretiert – in dem Sinne, dass Politik Lügen und Verbrechen zwingend voraussetze und dass «Il Principe» geradezu eine Anleitung dazu sei. Machiavelli, der kluge Analytiker politischer Machtausübung, hätte dem vehement widersprochen. In einem weiteren Hauptwerk, den «Discorsi», gelangte er zur bemerkenswerten Feststellung: «An den Sünden der Völker sind deren Führer schuld.» Und: «Nicht das Wohl der Einzelnen,

Bild: iStock.



Analytiker der politischen Macht: Vor 500 Jahren hat Niccolò Machiavelli sein bekanntestes Werk, «Il Principe», verfasst.

sondern das öffentliche Wohl macht Staaten gross!»

In der neueren Geschichtsschreibung ist viel über den Stellenwert politischer Führung durch einzelne Persönlichkeiten diskutiert worden. Sind sie es, die Geschichte bewegen? Oder sind es tiefer liegende Strukturen, die so oder so Veränderungen bewirken? Tatsache bleibt, dass das Wirken politischer Persönlichkeiten immer wieder entscheidende Einflüsse auf das Weltgeschehen hatte. «Die Geschichte liebt es bisweilen, sich in einem Menschen zu verdichten, welchem hierauf die Welt gehorcht», schrieb der Historiker Jacob Burckhardt. Wie hätte sich beispielsweise die Welt ohne Hitler, Stalin und Mao entwickelt? Oder ohne Roosevelt und Churchill? Stünde China heute wirtschaftlich und politisch ebenso machtvoll da, wenn es in den Siebziger- und Achtzigerjahren nicht eine Führungspersönlichkeit wie Deng Xiaoping gehabt hätte? Oder Deutschland, wenn ein Helmut Kohl nach 1989 nicht die Gunst der Stunde für die Wiedervereinigung entschlossen genutzt hätte? Oder Grossbritannien ohne Margaret Thatcher in den Achtzigerjahren? (Die «Eiserne Lady» starb am 8. April 2013 mit 87 Jahren.)

Nicht alle Zeitumstände bedingen grosse Persönlichkeiten oder bringen sie hervor. Im 21. Jahrhundert waren sie bisher – zum Glück? – eher rar. Führungspersonen sind im heutigen Kommunikationszeitalter gefragter

und sichtbarer denn je. Medien machen Leute – und Leute machen Medien. Besonders wenn Ablösungen, Wahlen oder personalpolitische Entscheidungen anstehen. Die Berichtsperiode – zwischen Mitte 2012 und Mitte 2013 – war besonders reich an personellen Veränderungen: Russland und China erhielten neue Staatschefs; Amerika bestätigte seinen Präsidenten; die katholische Kirche zelebrierte eine überraschende Papstwahl; Venezuela verlor einen charismatischen Führer; und Frankreich demonstrierte, wie ein neuer Staatschef innerhalb eines einzigen Jahres seine Popularität verspielte.

Machtwechsel in China

Rein äusserlich lief die Machtübergang an Chinas Staats- und Regierungsspitze ruhig ab. Wie seit längerem angekündigt, folgte auf den 69jährigen Parteichef Hu Jintao der zehn Jahre jüngere Xi Jinping. Hu hatte die Geschicke Chinas seit 2002 bestimmt. Der 1953 geborene Xi wurde vom 18. Parteitag am 14. November 2012 in Peking ins Zentralkomitee der Kommunistischen Partei und tags darauf zu dessen Generalsekretär berufen. Im März wählte der Nationale Volkskongress Xi auch als Nachfolger Hus ins Amt des Staatspräsidenten. Als neuer Regierungschef folgte dem 70jährigen Wen Jiabao der 57jährige Li Keqiang. Erst zum zweiten Mal seit ihrer Gründung 1949 erlebte die

Volksrepublik damit einen geordneten Übergang von einer Führungsgeneration auf die nächste. Tatsächlich war die Ablösung jedoch auch diesmal von Unsicherheiten und spürbarer Nervosität geprägt. Anfang September 2012 wurde Xi Jinping längere Zeit nicht mehr in der Öffentlichkeit gesehen, was unter Beobachtern Spekulationen auslöste. Dass die Partei keineswegs so geschlossen war, wie sie das nach aussen darzustellen versuchte, machte die Affäre Bo Xilai deutlich. Bo galt wie Xi als einer der Stars der chinesischen Machtelite; langezeit schien ihm ein Sitz im Zentralkomitee der Partei so gut wie sicher. Bo hatte sich als Parteichef von Chongqing einen Namen geschaffen, weil er mit unzimperlichen Methoden gegen Korruption und organisierte Kriminalität in der Millionenstadt vorgegangen war. Zuvor hatte er als Bürgermeister von Dalian, Gouverneur der Provinz Liaoning und Handelsminister Karriere gemacht. Nach aussen hatte sich Bo für die Wiederbelebung maoistischer Grundsätze und Herrschaftsmethoden stark gemacht und damit innerparteilich eine «linke» Gegenposition zu den Wirtschaftsreformern um Hu Jintao und dem designierten Parteichef Xi Jinping aufgebaut. Bo und seine Familie überspannten jedoch den Bogen: Offenbar betrieben sie ein umfangreiches Abhör- und Spitzelsystem und scheuten auch nicht davor zurück, Telefone anderer chinesischer Spitzen-



Geordnete Machtübergabe: Xi Jinping (links) folgte Hu Jintao an der chinesischen Staats- und Parteispitze.

politiker anzupfen zu lassen. Im März 2012 kam die Reaktion aus Peking: Bo Xilai wurde seines Amtes enthoben und kurz darauf als Mitglied des Politbüros suspendiert. Im September verfügte das Politbüro wegen «schwerer Disziplinarvergehen», Korruption und Machtmissbrauch sogar den Parteiauschluss. Bos Ehefrau ihrerseits wurde wegen eines dubiosen Mordes an einem britischen Geschäftsmann zum Tod verurteilt (bedingt auf Bewährung). Die Abrechnung werteten Beobachter als Endpunkt eines innerparteilichen Machtkampfes; sie zeigte aber auch auf, wie wenig transparent Chinas Machtstrukturen geblieben sind.

Unter Hu Jintaos Führung hatte sich die Volksrepublik in beispielloser Weise verändert und entwickelt – mit jährlichen Wachstumsraten von 8 bis zu 13

Prozent. Wirtschaftlich wie politisch war China damit endgültig zu einer Grossmacht geworden, die ihr Gewicht immer stärker auch die Nachbarn spüren liess: Gegenüber Japan, Vietnam, Malaysia, Indonesien und den Philippinen pochte die Volksrepublik auf Souveränitätsrechte im Chinesischen Meer und beanspruchte umstrittene Inselgruppen, unter denen Erdöl und andere Rohstoffe vermutet wurden, für sich. Auch Indien liess China wiederholt seine Stärke spüren, indem es Truppen in umstrittene Himalaya-Gebiete einmarschieren liess. Auch intern sieht sich die neue Führung riesigen Herausforderungen gegenüber: Verteilproblemen zwischen den Regionen, die Schere zwischen Arm und Reich, Gegensätze zwischen Stadt und Land sowie insbesondere die weit verbreitete Korruption. Wie dramatisch die

Lage ist, machte der scheidende Parteichef Hu Jintao in seiner Rede zu Beginn des Parteitags vom November 2012 deutlich: Wenn es nicht gelinge, die Korruption in den Griff zu bekommen, könne dies zum «Kollaps von Partei und Staat» führen.

Autoritäre Entwicklung in Russland

Während zwei Amtszeiten, zwischen 2000 und 2008, hatte Vladimir Putin das russische Präsidentenamt versehen. Im Mai 2012 kehrte der ehemalige KGB-Offizier an die Staatsspitze zurück, nachdem er vier Jahre lang als Ministerpräsident (unter Präsident Dmitri Medwedew) gewirkt hatte. Putins Wiederwahl verlief nicht ganz so reibungslos wie früher: Der Kreml-Chef sah sich einer lautstarken Opposition gegenüber, die sich gegen zunehmend autoritäre Entwicklungen wendet: gegen Einschränkungen der Presse- und Versammlungsfreiheit, gegen Verfälschungen zwischen Justiz und Staatsmacht, gegen willkürliche Prozesse sowie nicht zuletzt gegen teilweise mafiöse Verflechtungen zwischen Staat und Wirtschaft. Andererseits konnten Putin und Medwedew auf günstige Wirtschaftszahlen verweisen: Dank hoher Erdölpreise steht in Russland viel Geld zur Verfügung, was sich auch im Bild der russischen Städte spiegelt. Auch die Indikatoren der gesellschaftlichen Entwicklung weisen nach oben: Löhne und

Renten sind gestiegen; die Armutsquote hat sich verkleinert, und die Lebenserwartung in Russland ist laut offiziellen Statistiken zwischen 2000 und 2010 von 65 auf 69 Jahre gestiegen. Trotzdem entsprach es wohl kaum dem Geist der Verfassung, dass Putin und Medwedew die Amtszeitvorschriften durch eine Rochade unterliefen (seit Mai 2012 wirkt Medwedew nun seinerseits als Ministerpräsident unter Putin). Exemplarisch sind die Kehrseiten der Putin-Herrschaft durch das harte Vorgehen gegen die Rockband «Pussy Riot» sichtbar geworden. Die Punkrockgruppe hatte im Vorfeld der Präsidentschaftswahl in der Christus-Erlöser-Kathedrale in Moskau mit einer umstrittenen Aktion gegen die Wahl Putins protestiert. Drei der beteiligten Frauen wurden daraufhin angeklagt, wegen «Rowdytums aus religiösem Hass» schuldig gesprochen und zu zwei Jahren Straflager verurteilt. Während das Urteil in der russischen Öffentlichkeit mehrheitlich Zustimmung fand – laut Umfragen standen rund 70% dahinter –, gab es im Westen fast einhellige Kritik. Für viele schien der Prozess das Image Russlands als eines autokratischen Staates zu bestätigen.

Wiederwahl Obamas

In den USA wurde Präsident Barack Obama am 6. November 2012 für eine zweite Amtszeit wiedergewählt. Obama und sein



Barack Obama wurde am 6. November 2012 als US-Präsident bestätigt.

Vizepräsident Joe Biden gewannen 338 von 538 Elektorenstimmen, Herausforderer Mitt Romney und dessen Vizepräsidentschaftskandidat Paul Ryan 206. Obama gelang es wiederum, die bevölkerungsstarken Staaten des Nordostens, des Westens sowie Florida für sich zu gewinnen; Romney schwang im Süden und im Mittleren Westen der USA obenaus. Gesamthaft stimmten 50,96% der Wählenden für Obama, 47,31% für den ehemaligen Gouverneur von Massachusetts. Langezeit war das Rennen recht offen: Vor allem die (für die USA vergleichsweise hohe) Arbeitslosigkeit von 7,8 Prozent schien die Wiederwahlchancen Obamas zu beeinträchtigen. Andererseits konnte Obama auf die Reform der Krankenversicherung, auf Erfolge in der Terrorbekämpfung sowie auf den Abzug der US-Truppen aus Irak verweisen.

Andere Wahlkampfversprechen von 2008 wie die Schliessung des Gefangenenlagers für Terrorverdächtige auf Guantánamo blieben unerfüllt. Letztlich profitierte Obama davon, dass Mitt Romney, der persönlich als gemässigter Politiker galt, Exponent einer deutlich nach rechts gerutschten Republikanischen Partei war. Obama waren die Stimmen der Afroamerikaner von Anfang an sicher, und er genoss auch unter den Latinos viel Unterstützung.

Während die Demokraten gleichentags ihre Mehrheit im Senat leicht erhöhen konnten, blieb es im Repräsentantenhaus bei der republikanischen Mehrheit. Obama sah sich dadurch weiterhin einem schwer zu kontrollierenden Kongress gegenüber. Dies kam nicht nur beim Ringen um das Budget zum Ausdruck. Auch die Bestätigung einzelner Regierungsmitglieder be-

reitete Obama Probleme. Die als neue Aussenministerin vorgesehene Diplomatin Susan E. Rice – als Nachfolgerin Hillary Clintons, die für die zweite Amtszeit nicht mehr zur Verfügung stehen wollte – stiess im Kongress auf unüberwindlichen Widerstand, so dass Obama erst im zweiten Anlauf mit John Kerry Erfolg hatte. Auch wegen des Rücktritts von David Petraeus als Chef des CIA (nach einer ausser-ehelichen Affäre), wegen Problemen mit der Steuerbehörde IRS sowie wegen der Abhörung von Journalisten geriet Obama zu Beginn seiner zweiten Amtszeit wiederholt in die Defensive.

Unerwartete Papstwahl

Eine beispiellose Ablösung an ihrer Spitze erlebte die katholische Kirche: Am 11. Februar 2013 gab Benedikt XVI. bekannt, zum 28. Februar 2013, 20 Uhr,

«auf das Amt des Bischofs von Rom, des Nachfolgers Petri, [...] zu verzichten»: Er sei «zur Gewissheit gelangt, dass meine Kräfte infolge des vorgerückten Alters nicht mehr geeignet sind, um in angemessener Weise den Petrusdienst auszuüben.» Zum ersten Mal seit dem Mittelalter schied damit ein Papst durch Tod aus dem Amt. Aus eigener Entscheidung hatte dies zuletzt 1294 Coelestin V. getan. Kardinal Joseph Ratzinger war 2005 mit 78 Jahren zum Nachfolger Johannes Pauls II. als Papst gewählt worden – ein Amt, das der aus Bayern stammende Ratzinger eigentlich nie angestrebt hatte. Nach aussen hatte Benedikt XVI. im Verhältnis der katholischen Kirche zu Juden und Moslems Zeichen gesetzt. Nach innen hielt er hingegen an der konservativen, reformfeindlichen Linie seines Vorgängers fest. Verschiedentlich wurde ihm

auch zum Vorwurf gemacht, dass er sich nicht energischer für die Opfer von Pädophilie durch katholische Geistlicher einsetzte. Offenkundig verfügte Benedikt auch nicht mehr über die Kraft, Missstände in der vatikanischen Kurie auszuräumen. Ratzingers Amtsverzicht machte eine neue Papstwahl nötig. Das Kardinalkollegium trat am 12. März 2013 zusammen, und bereits am folgenden Tag verkündete weisser Rauch, dass eine Wahl zustande gekommen war. Sie fiel auf den 77jährigen Erzbischof von Buenos Aires, Jorge Mario Bergoglio. Der italienischstämmige Argentinier ist der erste Lateinamerikaner, der mit der Papstwürde betraut wurde. Er nahm den lateinischen Papstnamen Franziskus an und brachte damit zum Ausdruck, dass er sich wie Franz von Assisi für die Armen und die Bewahrung der Schöpfung einzusetzen beabsichtigte.

Bis zum letzten Atemzug klammerte sich Venezuelas Präsident Hugo Chávez ans Präsidentenamt. Aus seiner Krebserkrankung wurde ein Staatsgeheimnis gemacht, obschon er während Monaten in Kuba medizinisch behandelt wurde. Am 7. Oktober 2012 liess sich Chávez für eine weitere siebenjährige Amtszeit wählen; er erhielt 54% der Stimmen, sein Herausforderer Henrique Capriles 45%. Den Amtseid konnte Chávez am 10. Januar 2013 nicht mehr ablegen. Am 5. März verstarb der Caudillo im Alter von 58 Jahren. Chávez polarisierte das venezolanische



Bild: Keystone.

Historische Begegnung zwischen zwei Päpsten: Franziskus (links) und Benedikt XVI.

sche Volk in beispielloser Weise. Die ärmeren Schichten vergötterten ihn, zumal ihnen der Staatschef aus den Erdöleinkünften des Landes immer wieder grosszügige Geschenke machte. Aus dem Mittelstand sowie der Unternehmerschaft schlug ihm hingegen erbitterter Hass entgegen. Chávez hinterliess grossartige Sozialprogramme, aber zerrüttete Staatsfinanzen, eine hohe Arbeitslosigkeit und eine ungeheuerliche Kriminalität, welche die Hauptstadt Caracas zu einer der gefährlichsten Städte der Welt werden liess. Nachfolger von Chávez wurde Vizepräsident Nicolás Maduro; er gewann die Präsidentschaftswahl vom 14. April offiziell mit 50,66 % gegen Henrique Capriles mit 49,06 % der Stimmen.

Lichtblicke in Südasien

Bezeichnenderweise rangierte Venezuela 2012 ganz zuhinterst auf der Liste der korruptesten Staaten der Organisation «Transparency International»: auf Rang 165 von 178 aufgeführten Staaten. Nur Staaten wie Irak, Usbekistan, Myanmar, Sudan, Afghanistan, Nordkorea und Somalia waren noch schlechter dran. Auch Pakistan rangierte 2012 weit hinten, auf dem 143. Rang. Bis 2008 hatte meist das Militär den südasiatischen Staat beherrscht. Seither erlebte das südasiatische Land einen weiteren Niedergang: Sicherheit und Recht sind kaum gewährleistet. Gewalt zwischen

religiösen und politischen Gruppen ist endemisch. Zudem drohte Pakistan in den vergangenen Jahren vom Terror islamistischer Gruppierungen zusehends zerrieben zu werden. Trotzdem erlebte Pakistan am 11. Mai 2013 erstaunlich geordnete Parlamentswahlen. Trotz Boykottaufrufen und Drohungen der Taliban beteiligte sich eine grosse Mehrheit der Bevölkerung an dem Urnengang. Den Sieg trug die oppositionelle Muslimliga von Nawaz Sharif davon; der ehemalige Premierminister war 1999 von der Armee aus dem Amt geputscht worden. Verliererin der Wahlen war die bislang regierende PPP der 2007 ermordeten Ex-Premierministerin Benazir Bhutto: Sie landete weit abgeschlagen auf dem dritten Platz. Der erfolgreiche Urnengang und die Persönlichkeit Nawaz Sharifs weckten Hoffnungen, dass Pakistan entgegen manchen Prognosen doch einen Weg aus seiner Krisensituation finden würde.

Auf dem Weg demokratischer Reform kam das südostasiatische Land Burma (Myanmar) weiter voran. Die Zensur wurde abgeschafft, das Medienwesen liberalisiert. Politische Gefangene kamen frei, und der politischen Opposition wurden kaum mehr Hindernisse in den Weg gelegt. Unter Präsident Thein Sein zog sich das bisher diktatorisch herrschende Militär aus dem politischen Prozess weitgehend zurück. US-Präsident Barack Obama honorierte die de-

mokratischen Reformen in Myanmar am 19. November 2012 mit einem viel beachteten Staatsbesuch. Allerdings verlief die Entwicklung in Burma nicht geradlinig. Ethnische Konflikte machten dem Vielvölkerstaat zu schaffen: In der Nordwestprovinz Rakhine kam es zu blutigen Auseinandersetzungen zwischen Buddhisten und der teilweise seit Jahrhunderten dort lebenden muslimischen Bevölkerung. Viele der sogenannten «Rohingyas» wurden in die Flucht (nach Bangladesh, Thailand oder übers Meer nach Malaysia oder Indonesien) getrieben. In der im Norden des Landes gelegenen Kachin Provinz flammten erneut heftige Kämpfe zwischen der Armee und Aufständischen auf, und in Zentralburma ereigneten sich wüste Ausschreitungen zwischen Buddhisten und Muslimen. Solcher Rückschläge ungeachtet demonstrierte Myanmar, wie sehr es Führungspersönlichkeiten – in diesem Fall Präsident Thein Sein und Friedensnobelpreisträgerin Aung San Suu Kyi – in der Hand haben, mit Mut, Standfestigkeit und Entscheidungskraft die Geschicke eines Landes tiefgreifend zu verändern.

Enttäuschte Hoffnungen

Wo solche Qualitäten an der Staatsspitze fehlen, zieht nach Umbrüchen rasch Ernüchterung ein. Innerhalb nur gerade eines Jahres verspielte Frankreichs neuer Präsident François Hol-



Der Bürgerkrieg in Syrien ging auch 2013 unvermindert heftig weiter.

lande den Vertrauenskredit, mit dem er im Mai 2012 sein Amt angetreten hatte: Die Wirtschaft des Landes stagnierte, die Zahl der Arbeitslosen stieg, und Hollande sah sich selbst in seinem engsten Umfeld mit Korruptionsskandalen konfrontiert.

Nach den Hoffnungen, die der Arabische Frühling geweckt hatte, breitete sich auch in der arabischen Welt zusehends Ohnmacht und Resignation aus. In Tunesien, wo die Bewegung 2010 begonnen hatte, kam es nach der Ermordung des Oppositionspo-

litikers Chokri Belaïd zu neuen Massenprotesten. Am 19. Februar 2013 musste der Reformpolitiker Hamadi Jebali nach nur 16 Monaten als Regierungschef seinen Rücktritt bekanntgeben. – In Ägypten wurde der Kandidat der Muslimbruderschaft, Mohammed Mursi, im Juni 2012 mit 51,7% der Stimmen zum neuen Präsidenten gewählt. Von der Verfassunggebenden Versammlung, in der die Muslimbrüder und die Salafisten eine Mehrheit hatten, liess er im Eilverfahren eine neue Verfassung ausarbei-

ten. Als sich die Justiz dem neuen Präsidenten nicht gefügig genug zeigte, entzog dieser den Richtern kurzerhand die Oberaufsicht über seine Dekrete und setzte damit faktisch die Gewaltenteilung ausser Kraft. Auf dem Kairoer Tahrir-Platz sowie in anderen Städten wie Port Said kam es erneut zu Massenprotesten, die sich nun gegen die Islamisten richteten. Friedensnobelpreisträger Mohammed el-Baradei kritisierte, dass sich Mursi wie ein «neuer Pharao» gebärde; viele Ägypter verglichen ihn bereits

mit seinem Amtsvorgänger Mu-
barak. Zwar verzichtete Mursi
schliesslich auf die umstrittenen
Sondervollmachten, liess aber
am 15. und 22. Dezember wie
geplant über die neue Verfassung
abstimmen (sie wurde mit einem
Ja-Stimmenanteil von 64% ange-
nommen). Die Todesurteile ge-
gen 21 Fussball-Hooligans lösten
Ende Januar 2013 neue Unruhen
und Ausschreitungen aus. Immer
wieder kam es auch zu
Übergriffen gegen die christlich-
koptische Gemeinschaft. Die an-
haltende Unsicherheit traf insbe-
sondere den Tourismus, einen
der Hauptpfeiler der Wirtschaft.

In Syrien ging der Bürgerkrieg
ungebremst weiter: Sowohl die
Truppen des Assad-Regimes als
auch die Rebellen verübten
scheussliche Verbrechen. Laut
UNO-Angaben verloren von
März 2011 bis Mai 2013 über
80 000 Menschen ihr Leben; eine
Million Syrer flohen ins Ausland,
an die vier Millionen befanden
sich auf der Flucht im eigenen
Land. Die Kämpfe erreichten auch
Damaskus und Aleppo. Mehrere
Minister sowie regimetreue Geist-
liche wurden Opfer von Bomben-
anschlägen. Sämtliche Bemühun-
gen aus dem Ausland, dem Mor-
den ein Ende zu bereiten, scheiter-
ten: Russland und Iran hielten
dem Assad-Regime aus strategi-
schen Erwägungen die Stange. Die
westliche Staatengemeinschaft ge-
währte den Aufständischen zwar
Unterstützung; einer direkten In-
tervention widersetzten sich aber
mit guten Gründen die USA, zu-
mal unter den Rebellen islamisti-

sche Tendenzen immer stärker die
Oberhand gewannen. – Auch der
Irak fand keine Ruhe. Bagdad und
andere Städte des Landes wurden
immer wieder von Bombenan-
schlägen heimgesucht. In den ers-
ten Monaten des Jahres 2013 ver-
schlechterte sich die Sicherheitsla-
ge markant, zumal die (mehrheit-
lich schiitische) Regierung Maliki
zunehmend autoritäre Züge ent-
wickelte. – Im Atomstreit mit Iran
blieben die Fronten verhärtet: Ob-
schon die UNO-Sanktionen das
Land hart trafen, setzte das Re-
gime in Teheran seine Katz- und
Maus-Politik fort. Israel drohte
wiederholt mit einem Militär-
schlag und liess keinen Zweifel,
dass es nötigenfalls alles unterneh-
men würde, um Iran am Bau einer
Atombombe zu hindern. Auch die
USA schlossen Gewalt als letztes
Mittel nicht aus.

Drohungen aus Nordkorea

Nordkorea hielt die Welt erneut
in Atem: Am 12. Dezember 2012
testete der ostasiatische Staat ei-
ne Langstreckenrakete, und am
12. Februar unternahm das Re-
gime einen dritten unterirdi-
schen Atomwaffenversuch. Die
UNO reagierte mit einer Ver-
schärfung der Sanktionen; dies-
mal stimmte auch China nicht
dagegen. Südkorea und die USA
eröffneten Anfang März traditi-
onelle zweimonatige Seemanö-
ver. Das Regime in Pyöngyang
blieb die Antwort nicht schuldig:
Am 8. März kündigte es den seit
1953 geltenden Waffenstillstand;
mehrfach drohte es mit Kern-

waffenangriffen, und am 21.
März bezeichnete es US-Stütz-
punkte auf Guam und Japan
ausdrücklich als Angriffsziele.
Am 27. März kappte Nordkorea
die noch bestehenden Telefon-
verbindungen nach Südkorea,
am 29. März liess es seine Rake-
tenstreitkräfte in Alarmbereit-
schaft versetzen, und am 30.
März verkündete es den «Kriegs-
zustand» mit Südkorea. In der
Folge schloss das Regime auch
den Industriepark von Kaesong,
wo südkoreanische Unterneh-
men 53 000 Nordkoreaner be-
schäftigten. Ausserdem empfahl
es den in Pyöngyang lebenden
Diplomaten «aus Sicherheits-
gründen» die Ausreise. Erstaun-
licherweise war in Nordkorea
selber überhaupt nichts von Vor-
bereitungen auf einen Krieg fest-
zustellen. Sicherheitshalber ver-
setzten die USA, Südkorea und
Japan jedoch ihre eigenen Streit-
kräfte in Alarmbereitschaft und
kündigten die Stationierung von
Abwehrraketen an. Ansonsten
aber vermieden Seoul und Wa-
shington, die angespannte Situa-
tion durch unbedachte Äusse-
rungen weiter anzuheizen. Erst-
mals äusserte China deutliche
Kritik am Vorgehen Nordkoreas:
Präsident Xi Jinping warnte das
Nachbarland am 7. April vor
weiteren Eskalationen. Gleich-
zeitig unterstrich Peking seine
Forderung nach einer «Entnuk-
learisierung» Koreas. In den Wo-
chen danach entspannte sich die
Lage. Nicht wenige Beobachter
interpretierten die Krise als Ver-
such von Machthaber Kim Jong



Französische Truppen intervenierten am 11. Januar 2013 in Mali und setzten dem Vormarsch der islamistischen Aufständischen ein Ende.

Un, sich dem eigenen Volk und der Armee als entschlossener Führer darzustellen.

Islamistischer Terror

Nicht nur arabische und asiatische Staaten wurden immer wieder von Gewalt und Terror erschüttert, sondern auch afrikanische Länder. Im Norden Nigerias setzte die radikale Gruppierung Boko Haram ihren Feldzug gegen alles fort, was sie als „unislamisch“ anprangerte. Die religiös motivierten Gewaltakte trafen vor allem Kirchen und christi-

sche Institutionen, aber vermehrt auch Polizeistationen und staatliche Institutionen. – In Mali hatten Touareg-Rebellen im Verbund mit radikalislamischen Gruppen den gesamten Norden des Landes unter ihre Kontrolle gebracht. Im März 2012 meuterte die Armee gegen Präsident Amadou Toumani Touré, dem sie Unfähigkeit bei der Bekämpfung des Touareg-Aufstandes vorwarf. Der Putsch entstabilisierte das westafrikanische Land weiter. Timbuktu und Gao wurden von Islamisten terrorisiert, und die Rebellen rückten immer

weiter gegen die Hauptstadt Bamako vor. Am 20. Dezember 2012 sprach sich der Sicherheitsrat für einen Militäreinsatz in Mali aus. Daraufhin kündigte die Islamistenorganisation Ansar Dine, alle noch verbliebenen Mausoleen islamischer Heiliger in Timbuktu – sie gelten als Weltkulturerbe – zu zerstören. Am 10. Januar fiel die Ortschaft Konna, nahe der strategisch wichtigen Stadt Mopti, in die Hände der Rebellen, worauf der malische Präsident ein offizielles Hilfsgesuch an Frankreich richtete. Bereits am nächsten Tag

entsandte Präsident François Hollande eine französische Eingreiftruppe nach Mali; Kampfflugzeuge unterstützten die Aktion. Bis Ende Januar waren Gao, Timbuktu sowie der Flughafen Tessalit zurückerobert. Am 2. Februar wurde Präsident Hollande in Timbuktu von jubelnden Menschen empfangen. Frankreich blieb auch weiterhin in Mali mit Truppen präsent, ausserdem stellte die westafrikanische Staatengemeinschaft Eco-was ein Kontingent von rund 3000 Soldaten zur Verfügung. Ins Visier des islamistischen Terrors gerieten auch westliche Staaten: Am 15. April 2013 explodierten auf der Zielgeraden des Boston Marathons zwei Sprengsätze: Drei Menschen, ein achtjähriger Knabe, eine 23jährige chinesische Austauschstudentin und eine 29jährige Restaurantmanagerin, wurden getötet und 264 verletzt. Einer der Tatverdächtigen, der aus Tschetschenien stammende Tamerlan Tsarnaev, wurde am 18. April bei einem Schusswechsel getötet, sein Bruder Dzhokhar tags darauf nach einer Grossfahndung festgenommen. Ersten Ermittlungen zufolge gehörten beide einer islamistischen Gruppierung an. Als Sprengsätze hatten sie mit Schwarzpulver gefüllte Kochtöpfe aus Chromstahl verwendet, die mit Nägel und Metallkugeln „angereichert“ waren, um die Explosionswirkung zu verstärken. – Ein bestialischer Terroranschlag erschütterte auch Grossbritannien: Am 22. Mai fielen im Londo-

ner Stadtteil Woolwich zwei Briten nigerianischer Herkunft einen Soldaten in Zivilkleidern an und töteten ihn mit Machetenhieben auf offener Strasse. Dabei riefen sie muslimische Parolen und reckten blutverschmierte Hände in die Höhe.

Krisenerschüttertes Europa

Europa befand sich immer noch im Banne der Schulden- und Eurokrise. Zwar gelang es den vereinten Anstrengungen der EU-Kommission, der Europäischen Zentralbank (EZB) sowie des Internationalen Währungsfonds (IWF), die am meisten betroffenen Staaten (Griechenland, Italien, Spanien, Portugal, Zypern und Irland) fürs erste zu stabilisieren und den Euro als Gemeinschaftswährung zu retten. Zur Beruhigung der Lage trug insbesondere die Ankündigung durch EZB-Chef Mario Draghi vom September 2012 bei, in unbegrenztem Umfang (notleidende) Staatsanleihen von EU-Staaten aufzukaufen, um die betreffenden Länder kreditfähig zu erhalten. Damit nahm die Zentralbank jedoch ein erhebliches Inflationsrisiko in Kauf. Ein längerfristiges Konzept, die Ungleichgewichte in der europäischen Wirtschaft zu überbrücken und die notleidenden Staaten aus der Schuldenspirale herauszuführen, war nicht zu erkennen. In den am härtesten betroffenen Ländern, insbesondere in Griechenland, Italien, Spanien und Portugal, rutschte die Wirt-

schaft immer tiefer in die Rezession; die Arbeitslosenzahlen erreichten in Griechenland und Spanien zu Beginn 2013 26 Prozent, in Portugal 17,5% und in Irland und der Slowakei 14%.

Mehrere EU-Staaten hatten wegen der Krise bereits 2011 Regierungswechsel erlebt: Irland, Portugal, Spanien, Slowenien, die Slowakei sowie Griechenland und Italien (Rücktritt Berlusconi). 2012 folgten die Niederlande und – im Dezember 2012 – erneut Italien: Auch die Regierung aus parteilosen Fachleuten unter Mario Monti hatte sich nicht lange im Amt zu halten vermocht. Am 24. und 25. Februar 2013 kam es in Italien zu Neuwahlen; doch brachte der nationale Urnengang erneut keine klare Entscheidung: Mit 29,5% der Stimmen schwang das Linksbündnis von Luigi Bersani oben aus, knapp vor der Rechtsallianz Silvio Berlusconis mit 29,1%. Am drittmeisten Stimmen erzielte mit 25,5% eine Protestbewegung um den Komiker Beppe Grillo. Erst nach mehreren Anläufen fand Staatspräsident Napolitano mit dem Mitte-links-Politiker Enrico Letto eine Persönlichkeit, die es fertigbrachte, eine Koalition aus Rechts- und Linksbündnis sowie aus Unabhängigen zu bilden; Berlusconi behielt damit seinen Einfluss auf das politische Geschehen in Italien. Würde Niccolò Machiavelli heute, 500 Jahre später, leben, erhielte er besonders in Italien viel Anschauungsmaterial für politische Betrachtungen.

Irgendwann Ende August oder Anfang September 2012 muss es so weit gewesen sein. Das Bundesamt für Statistik hat den genauen Zeitpunkt nicht eruiert (wie auf Anfrage erklärt wurde); es gab keine besondere Medienmitteilung, und gefeiert wurde der Anlass beziehungsweise die betreffende Person schon gar nicht: der achtmillionste Einwohner der Schweiz! So wissen wir auch nicht, ob es ein Deutscher oder eine Amerikanerin mit einem Job in einer Schweizer Unternehmung war, ein Familiennachzügler eines Gastarbeiters aus dem Balkan, eine Asylbewerberin aus Somalia, ein Studierender aus Frankreich oder ein Bub oder ein Mädchen, das in einem Schweizer Spital zur Welt kam. Tatsache ist jedoch, dass erstmals in der Geschichte unseres Landes die Grenze von acht Millionen Einwohnern im Spätsommer 2012 überschritten wurde. Ende 2011 hatte die Einwohnerzahl 7 954 662 betragen; Ende 2012 belief sie sich auf 8 036 917. Nach den Kriterien des Bundesamtes für Statistik waren in dieser Zahl Kurzaufenthalter sowie weniger als 12 Monate in der Schweiz lebende Asylsuchende nicht inbegriffen. Binnen eines Jahres kamen somit

per saldo rund 82 000 Menschen neu hinzu – mehr als die Einwohnerzahl einer Stadt von der Grösse St. Gallens. Seit 1980 ist die Bevölkerungszahl praktisch Jahr für Jahr ähnlich stark gewachsen. Ende 2000 lebten in der Schweiz 7,2 Millionen Menschen, zu Beginn des 20. Jahrhunderts 3,3 Millionen.

Grenzen des Wachstums

Bis vor kurzem schien die Eidgenossenschaft dieses anhaltende Bevölkerungswachstum einigermaßen gut zu verkraften. Die Wirtschaft pochte auf den Zuzug mehr oder minder gut ausgebildeter Arbeitskräfte, und die Schweiz blieb auch als Asylland ungebrochen attraktiv. Sämtliche politischen Vorstösse seit den Sechzigerjahren, das Bevölkerungswachstum zu begrenzen, wurden abgelehnt, und das Schweizervolk akzeptierte an den Abstimmurnen auch die Personenfreizügigkeit mit der EU. In den letzten Jahren mehren sich jedoch die Zweifel, ob die Entwicklung wie bisher ungebremst weitergehen könne. In den Städten wurden trotz ungebrochener Bautätigkeit Wohnungen knapp, in den Zügen fehlt es zusehends an freien Plätzen, auf Autobahnen und Auto-

strassen mehren sich die Staus, und die Integration schwächerer Ausländerkinder bedeutet für die öffentlichen Schulen eine immer grössere Herausforderung. Das wachsende Unbehagen artikuliert sich auch auf der politischen Ebene. Am 14. Februar 2012 reichte die SVP eine Volksinitiative «gegen die Masseneinwanderung» ein; das Begehren mit 136 000 gültigen Unterschriften verlangt insbesondere eine Rückkehr zu jährlichen Höchstzahlen und Kontingenten für erwerbstätige Ausländer. Hängig ist auch eine zweite Volksinitiative. Sie stammt aus ökologischen Kreisen und wurde am 2. November 2012 mit knapp 120 000 gültigen Unterschriften eingereicht. Das sogenannte «Ecopop»-Begehren richtet sich explizit gegen «Überbevölkerung» – mit dem Ziel, «die natürlichen Lebensgrundlagen zu bewahren». Konkret verlangt die Initiative, die ständige Wohnbevölkerung in der Schweiz dürfe «infolge Zuwanderung im dreijährigen Durchschnitt nicht um mehr als 0,2 Prozent pro Jahr wachsen». Nötigenfalls müssten internationale Abkommen neu verhandelt oder gekündigt werden.

Erwartungsgemäss lehnte die Landesregierung sowohl die



Der Raum wird knapper: Die Einwohnerzahl der Schweiz hat die Acht-Millionen-Grenze überschritten.

SVP-Initiative als auch die Ecopop-Initiative ohne Gegenvorschlag ab. Ob das Volk Bundesrat und Parlament auch diesmal folgen wird, ist freilich nicht mehr so sicher. Ausserdem steht die Erweiterung des Freizügigkeitsabkommens auf Kroatien an; wahrscheinlich dürfte auch dagegen das Referendum ergriffen werden. Der Spielraum, auf das Unbehagen in der Bevölkerung

zu reagieren, ist indessen beschränkt. Einerseits ist der Bundesrat durch die geltenden Freizügigkeitsabkommen mit der EU gebunden; andererseits kollidieren die beiden Volksbegehren mit den Bedürfnissen der Wirtschaft. Trotzdem glaubte die Landesregierung zumindest ein Zeichen setzen zu müssen. Sie entschied sich am 24. April 2013 für die Aktivierung der Ventilklausel,

wie sie in den Freizügigkeitsabkommen mit der EU vorgesehen ist. Sie nahm in Kauf, dass die Massnahme in Brüssel auf wenig Verständnis stiess. Bereits vor einem Jahr hatte der Bundesrat Höchstgrenzen und Kontingente für die acht «neuen» EU-Länder in Kraft gesetzt; jetzt folgte die Ausdehnung auf die 17 «alten» EU-Staaten. Die Massnahme sollte dazu dienen, «negative Auswir-



Der Druck auf die Schweiz, in Bank- und Steuerfragen mit dem Ausland zu kooperieren, ist weiter gestiegen.

kungen der Zuwanderung auf die Wirtschaft, den Arbeitsmarkt, die Sozialversicherungen, die Raumplanung, den Wohnungsmarkt sowie auf die Infrastruktur zu mindern», wie es aus dem Bundeshaus hiess. Die Reaktionen waren jedoch auch in der Schweiz überwiegend skeptisch bis ablehnend, zumal die Möglichkeit, Kontingente einzuführen, nur bis zum 31. Mai 2014 besteht.

Bedeutsame Abstimmungsentscheide

Dass die kleine Schweiz zusehends an Wachstumsgrenzen stösst, brachten auch einige Abstimmungsentscheide zum Ausdruck. Am 11. März 2012 stimmten Volk und Stände überraschend der Zweitwohnungsinitiative des Landschaftsschützers Franz Weber zu. Entsprechend dürfen in Gemeinden mit einem Zweitwohnungsanteil von mehr als 20% keine zusätzlichen Ferienhäuser und Ferienwohnungen mehr bewilligt werden. Betroffen sind vor allem Gemeinden im Bündnerland, im Wallis sowie im Berner Oberland. Da das Inkrafttreten des Volksbegehrens unklar geregelt ist, versuchten viele Gemeinden, bis Ende 2012 eingereichte Baugesuche noch eiligst zu bewilligen. Diese Absicht durchkreuzte jedoch das Bundesgericht im Mai 2013 mit zwei Leiturteilen: Demnach sind angefochtene Baugesuche nichtig, die zwischen der Annahme der Initiative und Ende 2012

ingereicht wurden. Zudem anerkannte das Bundesgericht die Beschwerdeberechtigung des Vereins Helvetia Nostra von Franz Weber; diese hatte gegen Tausende von Baugesuchen, insbesondere im Kanton Wallis, Beschwerde eingereicht.

Auch in zwei andern Fällen gewichteten die Stimmenden die Interessen des Landschaftsschutzes höher als wirtschaftliche Argumente: Am 3. März 2013 wur-

de dem revidierten Raumplanungsgesetz auf eidgenössischer Ebene mit 62,9% Ja zugestimmt – wiederum gegen Widerstand aus dem Wallis und anderen Bergkantonen. Das Zürichervolk sagte Ja zur «Kulturlandinitiative», die den Erhalt «der landwirtschaftlich und ökologisch wertvollen Flächen» anstrebt.

Weitere bemerkenswerte Abstimmungsentscheide betrafen das Rauchen und die Familien-

politik: Am 23. September 2012 verwarfen die Stimmenden auf eidgenössischer Ebene die Volksinitiative «Schutz vor Passivrauchen» mit 66% Nein. Sie brachten damit zum Ausdruck, dass sie bei aller Sorge um die Volksgesundheit nicht auf extreme Forderungen einzugehen gewillt waren. – Ein Verfassungsartikel zur Familienpolitik scheiterte am 3. März 2013 trotz einer Volksmehrheit von 54,3% Ja-



Bild: Keystone.

Lichtblick für die Schweizer Diplomatie: der Abschluss eines Freihandelsabkommens mit China. Im Bild der chinesische Regierungschef Li Keqiang während seines Besuches in der Schweiz im Mai 2013.

Stimmen am Ständemehr: In 11 Voll- und 4 Halbkantonen ergaben sich Nein-Mehrheiten. Der neue Verfassungsartikel hätte die Kantone verpflichtet, «ein bedarfsgerechtes Angebot an familien- und schulergänzenden Tagesstrukturen» bereitzustellen. Da damit Kosten verbunden waren, wurde die Vorlage vor allem von bürgerlicher Seite bekämpft.

Druck auf das Bankgeheimnis

Seit den Dreissigerjahren des letzten Jahrhunderts ist das Bankgeheimnis – oder wie es heute treffender genannt wird: das «Bankkundengeheimnis» – auf gesetzlicher Ebene verankert. Was ursprünglich als Absicherung des Einzelnen gegenüber dem Staat und den Behörden gedacht war – letztlich ein Ausdruck schweizerischen Staatsverständnisses –, führte immer mehr zu Missbrauch durch Banken und ausländische Bankkunden. Um in der Schweiz wohnhafte Bankkunden zur Erklärung ihrer Vermögenswerte zu veranlassen, gilt für sie seit 1944 eine 35%ige Verrechnungssteuer. Ausländer konnten Kapitalwerte dagegen unbesteuert auf Schweizer Banken anlegen. Die Schweiz wurde so immer mehr zum sicheren Hafen für unbesteuerte Gelder. 2010 wurde die Summe des aus EU-Ländern stammenden Schwarzgeldes auf Schweizer Banken auf 880 Milliarden Franken geschätzt: je 220 Milliarden aus Deutschland und

Italien, 115 Milliarden aus Frankreich und 325 Milliarden aus andern EU-Ländern. Was von der Schweiz lange als legal und willkommen akzeptiert wurde, galt in den betreffenden Ländern als von Staates wegen verfolgtes Delikt. Insbesondere von seiten der USA, Deutschlands, Frankreichs und der EU nahm der Druck auf das Bankgeheimnis in den letzten Jahren laufend zu. Die OECD setzte die Schweiz ebenso wie Luxemburg und Österreich 2009 vorübergehend auf den Index der «unkooperativen» Steueroasen. Zwar versuchte die Schweiz das Bankgeheimnis zu verteidigen, verpflichtete sich jedoch, Steuerflucht nicht mehr tolerieren zu wollen. Das Schlüsselwort heisst seit 2012 «Weissgeldstrategie»: Banken sollten nur noch Geld entgegennehmen dürfen, die in ihren Ländern ordentlich versteuert waren.

Steuerabkommen mit Deutschland scheitert

Um den von Steuerflucht betroffenen Ländern zu den ihnen zustehenden Geldern zu verhelfen, verhandelte der Bundesrat über neue Steuerabkommen. Nach dem Vorbild der Schweizer Verrechnungssteuer sollten ausländische Vermögenswerte neu einer «Abgeltungssteuer» unterliegen, welche bei einer ordentlichen Versteuerung wieder zurückbezahlt würde. Im Gegenzug sollten Personen und Unternehmen, die Vermögenswerte

auf Schweizer Banken unterhielten, anonym bleiben – das heisst, das Bankkundengeheimnis bliebe gewahrt. Mit Deutschland, Österreich und Grossbritannien kamen solche Vereinbarungen zustande. Das Steuerabkommen mit Deutschland sah einen Höchststeuersatz von 35 bis 41% vor. Geregelt war darin auch die Besteuerung in Erbfällen. Das Abkommen stiess jedoch in Deutschland auf Widerstand: SPD und Grüne legten sich von Anfang an quer, unter Hinweis auf mangelnde Steuergerechtigkeit und Umgehungsmöglichkeiten. Mit ihrer Mehrheit scheiterte das Abkommen im Bundesrat, der deutschen Länderkammer, am 23. November 2012. In der Schweiz billigten National- und Ständerat die Steuerabkommen mit den drei Ländern; das von rechter Seite angestrebte Referendum kam nicht zustande.

Schwierige Verhandlungen mit den USA

Mit dem Nein aus Deutschland erlitt das Konzept der Abgeltungssteuer einen schweren Rückschlag. Offiziell hielt der Bundesrat zwar daran fest. Finanzministerin Eveline Widmer-Schlumpf irritierte indes wiederholt mit Aussagen, wonach sie nun den Automatischen Informationsaustausch (AIA), wie ihn die EU und die OECD als Standard anstrebten, für unausweichlich halte. Sie scherte damit nicht nur aus der

Kollegialität aus, sondern schwächte auch die schweizerische Verhandlungsposition gegenüber den USA und der EU. Staatssekretär Michael Ambühl, der fast anderthalb Jahrzehnte lang hartnäckig die Interessen unseres Landes vertreten hatte, warf am 24. Mai 2013 das Handtuch. Als Chefunterhändler hatte Ambühl die bilateralen Abkommen I und II sowie den Schengener Vertrag mit der EU ausgehandelt und die teilweise extrem schwierigen Verhandlungen im Steuerstreit mit den USA geführt. Die Rücktrittsankündigung des Staatssekretärs kam umso unerwarteter, als die Verhandlungen mit den USA über eine Beilegung des Steuerstreits noch nicht definitiv abgeschlossen waren. 2010 hatten die USA die Schweiz im Fall UBS zur Herausgabe von 4450 Kundendateien gezwungen. Seither sind auch andere Schweizer Banken, unter ihnen namentlich auch die Credit Suisse sowie die Kantonalbanken von Zürich und Basel, ins Visier der US-Justiz geraten. Anfang 2012 wurde die St. Galler Privatbank Wegelin in den USA unter Anklage gestellt, nachdem sie nach 2009 wider besseres Wissen amerikanische Kundengelder akquiriert hatte. Seither bemühte sich die Schweizer Diplomatie darum, ein Globalabkommen mit den USA auszuhandeln, das die kooperationswilligen Schweizer Banken von weiteren Verfahren befreien würde. Klar war zum vornherein zweierlei: Erstens,

dass ein solcher Deal den Banken Strafzahlungen in Milliardenhöhe abverlangen würde, und zweitens, dass Schweizer Banken den USA Tausende weiterer Kundendaten sowie Namen von Bankmitarbeitern, Treuhändern und Anwälten auszuliefern hätten. Wie andere Länder musste die Schweiz nolens volens auch «Fatca», den «Foreign Account Tax Compliance Act», übernehmen. Dieses US-Gesetz war 2010 in Kraft getreten; es sollte verhindern, dass in den USA Steuerpflichtige Geld am amerikanischen Fiskus vorbei in ausländische Steueroasen schafften. Eine der Kernforderungen von Fatca lautet, auch Nicht-US-Kunden ausserhalb der USA müssten hinsichtlich ihrer US-Steuerpflicht eindeutig identifiziert und die entsprechenden Daten der US-Steuerbehörde IRS übermittelt werden. Mit dem Ja dazu war ein weiterer entscheidender Stein aus der Festung Bankgeheimnis herausgebrochen.

Klar war damit auch, dass die EU und die OECD in absehbarer Zeit ähnliche Standards einführen würden. Am 22. Mai 2013 verlangten die EU-Staats- und Regierungschefs ultimativ Verhandlungen mit der Schweiz über die Ausdehnung der EU-Zinsbesteuerungsrichtlinie und über die Einführung des automatischen Informationsaustausches. Ob in solchen Verhandlungen auch Wünsche der Schweiz – beispielsweise über den freien Marktzugang für

Dienstleistungsunternehmen – berücksichtigt werden können, ist eher fraglich. Ziemlich kategorisch verlangte die EU-Kommission von der Schweiz die automatische Anpassung der bilateralen Abkommen an die Rechtsentwicklung in der EU; ausserdem wünschte Brüssel die Unterstellung des Vertragswerkes unter EU-Gerichte – wogegen sich in der Schweiz umgehend Widerstand gegen «fremde Richter» formierte.

Freihandelsabkommen mit China

Immerhin konnte die Schweizer Diplomatie einen Verhandlungserfolg an einer andern wichtigen Front feiern: Im Mai 2013 gelang endlich der Durchbruch zu einem Freihandelsabkommen mit der Volksrepublik China. Der neue chinesische Regierungschef Li Keqiang besuchte auf einer Reise durch Europa als Erstes die Schweiz. Bei dieser Gelegenheit wurden die entsprechenden Protokolle unterzeichnet. Das Freihandelsabkommen wurde auch in der chinesischen Presse als «wegweisend» bezeichnet. Wegen der Menschenrechtsprobleme in China war dem Abkommen zwar einiger Widerstand im eidgenössischen Parlament programmiert. Die Chance, sich den dritt wichtigsten Absatzmarkt nach der EU und den USA weiter zu öffnen, dürfte sich die Schweiz jedoch nicht entgehen lassen.